

Der Weg zum Abitur ist fast in allen Bundesländern von 13 auf zwölf Jahre verkürzt worden. In Niedersachsen werden im Frühsommer 2011 zwei Jahrgänge ihr Abitur absolvieren. Dadurch kommen erhebliche Probleme auf die Schulen zu. Schwierig wird die Situation aber insbesondere für die Abiturientinnen und Abiturienten, die im Sommer auf den Ausbildungsmarkt drängen bzw. im Herbst 2011 ein Studium beginnen wollen. Die Universitäten werden aus den Nähten platzen.

Schulen stehen vor großen Belastungen

Ab Sommer 2008 durchlaufen in Niedersachsen der jetzige 7. und 8. Schuljahrgang gemeinsam die Oberstufe, im Frühsommer 2011 findet für beide Jahrgänge die Abiturprüfung statt. Große Belastungen kommen auf die Gymnasien zu, da dann parallel zwei Jahrgänge die Qualifikationsstufe absolvieren. Der Aufwand für Planung und Organisation wird kräftig steigen. Es wird großer Anstrengungen der Kolleginnen und Kollegen bedürfen, damit die Folgen der Schulzeitverkürzung nicht auf Kosten der Unterrichtsqualität gehen. In großen Gymnasien z.B. werden dann innerhalb weniger Wochen im Juni/Juli für ca. 240 Schülerinnen und Schüler Prüfungen durchgeführt werden müssen. Und zwar in fünf Prüfungsfächern! Die zentralen Abschlussprüfungen in Klasse 10 sind dann gerade geschafft.

Laut Prognose werden 2011 in Niedersachsen 55.400 Schülerinnen und Schüler die allgemeine Hochschulreife und 13.300 die Fachhochschulreife erwerben. Zum Vergleich: In diesem Jahr – 2005 – machten in Niedersachsen 24.300 Schülerinnen und Schüler das Abitur, 12.500 das Fachabitur. Das heißt,



Foto: imago

2011 legen zwei Jahrgänge gleichzeitig das Abitur ab. Eine logistische Herausforderung nicht nur für die Schulen, sondern auch für Hochschulen und den Ausbildungsmarkt.

Doppel-Abitur im Jahr 2011

Zwei Jahrgänge drängen gleichzeitig in Uni und Lehre

dass im Jahr 2011 die Absolventenzahlen fast doppelt so hoch sind wie jetzt. Im KMK-Bericht vom September 2005 zur Auswirkung der Schulzeitverkürzung auf den Hochschulbereich wird betont, dass im Bundesvergleich gerade Niedersachsen eine erhebliche Überlast zu tragen habe, wenn 2011 und 2012 der jährliche Zuwachs an Studienanfängern von zuvor rund 150 auf weit über 4000 hochschnell.

In einer Antwort auf eine Landtagsanfrage von Bündnis 90/Die Grünen zum Problem Doppel-Abi bezeichnete Wissenschaftsminister Lutz Stratmann es als zu früh, „Lösungswege für Probleme zu suchen, die in sechs bis zehn Jahren auftreten“. Eine erstaunliche Antwort von einem Politiker, der für Wissenschaft zuständig ist. Erinnert sei nur daran, welche Probleme zurzeit die Schulen mit sog. Mangelfächern haben, weil die Regierungen trotz vorliegender Prognosezahlen die Lehrerausbildung nicht frühzeitig umgestellt haben.

Universitäten platzen aus den Nähten

Stratmann beruhigt: Die Landesregierung setze darauf, dass sowohl der Bologna-Prozess als auch die Wirkungen des Hochschuloptimierungskonzeptes zu kürzeren Studierendauern führen werden. Er halte die Hochschulverwaltungen und die Studentenwerke für flexibel genug, um „vorübergehende Mehrbelastungen“ auszugleichen. Die Hochschulen müssten auch in der Lage sein, „im Rahmen ihrer Globalhaushalte zugunsten stärker nachgefragter Bereiche Ressourcen intern umzuschichten“, so Stratmanns Ministerium. Das wird nichts anderes heißen, als dass die Zulassungsbeschränkungen schärfer gefasst und noch mehr Studierende in übervolle Hörsäle gestopft werden.

Ein weiterer Tipp von oben: Die Hochschulen sollten sich um zusätzliche Einnahmen auf dem nationalen und internationalen Weiterbil-

dungsmarkt bemühen. Grundsätzlich würden auch weiterhin „zentral vorgehaltene Mittel“ zur Bewältigung vorübergehender Überlasten bereitgestellt werden. Die Grünen-Abgeordnete Gabriele Heinen-Kljajic bezweifelt, dass es 2011 noch zusätzliches Geld gibt. Für 2006 sei als „Überlastmittel“ die lächerliche Summe von 431.000 € veranschlagt. Die Gelassenheit der Landesregierung sei völlig fehl am Platze.

Elternvertreter sind besorgt

Im Gegensatz zum zuständigen Minister fürchten Elternvertreter und -verbände, dass die Hochschulen weder im Westen noch im Osten, wo wegen der sinkenden Schülerzahlen gerade Kapazitäten abgebaut werden, dem Ansturm gewachsen sind. Sie denken auch an die Studentenwohnheime und den privaten Wohnungsmarkt in den Universitätsstädten.

Außerdem werde sich auf dem Ausbildungsmarkt der Verdrängungswettbewerb zulasten der Real- und Hauptschüler wegen der hohen Absolventenzahlen an den Gymnasien erheblich verschärfen. Zeitversetzt wird sich das Problem auf dem Arbeitsmarkt fortsetzen, wenn die Ausgebildeten eine Anstellung suchen. Für die Eltern kann das auch persönlich heftige Kosten verursachen, wenn ihre Kinder in der Ausbildung eine „Warteschleife“ drehen müssen und Unterhaltskosten anfallen, aber u.U. das Kindergeld wegfällt, ohne dass die Ausbildung vorangeht.

Die Elternverbände fordern, dass die Kultusministerkonferenz (KMK) sofort die Behandlung der Folgeprobleme auf die Tagesordnung setzt. Die Landtagsgrünen verlangen dasselbe von der Niedersächsischen Landesregierung und verweisen z.B. auf Baden-Württemberg, das noch in diesem Jahr Pläne vorstellen wolle, wie für zwei Abiturjahrgänge genügend Studienplätze gesichert werden können. HENNER SAUERLAND

Unseren Toten zum Gedächtnis

Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten.

Gewerkschaft

Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Niedersachsen

Heinz-Dieter Jasper
Braunschweig
geb. am 31.03.1936
gest. am 06.10.2005

Erika Wendelken
Worpswede
geb. am 10.05.1940
gest. am 26.11.2005

Ulrich Meyer
Osnabrück
geb. am 25.07.1943
gest. am 13.10.2005

Thomas Baßler
Hannover
geb. 20.05.1957
verstorben

Adolf Thölke
Sehnde
geb. am 23.10.1920
gest. am 03.11.2005

Janine Miletto-Steinmetz
Göttingen
geb. am 17.11.1936
gest. am 15.05.2005

Editha Klüßendorf
Nordhorn
geb. am 02.07.1923
gest. am 09.11.2005

Kurt Scholz
Fresenburg
geb. am 15.08.1949
verstorben im
September

Otto Kroeger
Bad Bodenteich
geb. am 16.10.1940
gest. am 10.11.2005

Luten Harms
Bovenden
geb. am 15.09.1942
verstorben im
November

Henning Bode
Alfeld
geb. am 18.10.1948
gest. am 17.11.2005

Die Fitness-Landkarte ist ein Flop

Was ein Highlight niedersächsischer MK-Sportpolitik werden sollte, entpuppt sich zunehmend als peinlicher Flop: die sogenannte Fitness-Landkarte. Der Protest wächst und wurde Anfang Dezember gleich zweimal im Niedersächsischen Landtag diskutiert.

Was ein Highlight niedersächsischer MK-Sportpolitik werden sollte, entpuppt sich zunehmend als peinlicher Flop: die sogenannte Fitness-Landkarte. Der Protest wächst und wurde Anfang Dezember gleich zweimal im Niedersächsischen Landtag diskutiert. Durch eine Stellungnahme des Instituts für Sportwissenschaft Hannover erreicht er nun einen neuen Höhepunkt. Diese Stellungnahme weist nach, dass die Grundlage der Fitness-Landkarte der lediglich um den Sechs-Minuten-Lauf erweiterte Münchener Fitness-Test (MFT) aus dem Jahre 1994 ist, der nicht die Fitness bayerischer Kinder messen sollte, sondern unter ganz bestimmten Voraussetzungen zur Auswahl von Kindern für den Sportförderunterricht gedacht war.

Bei aller Notwendigkeit, die motorische Leistungsfähigkeit unserer Kinder zu verbessern, sei – so die Sportwissenschaftler – dieser Test aber, landesweit eingesetzt, „nicht valide und völlig kontraproduktiv“. Neben massiven sportpädagogischen Bedenken sei auch das Zweck-Mittel-Verhältnis hochgradig unangemessen. Der hohe organisatorische und zeitliche Aufwand zur Durchführung und Dokumentation des Tests binde nämlich wertvolle Zeit für einen qualitativ hoch stehenden Sportunterricht.

Das Institut bedauert insbesondere, dass das Kultusministerium im Vorfeld keine sportwissenschaftlichen Einrichtungen konsultiert hat. Dann hätte es auch erfahren können, dass das für die Erfassung der hochsensiblen Daten beauftragte Wissenschaftliche Institut der Ärzte Deutschlands (WIAD) „als ein über Drittmittel finanziertes Forschungsinstitut im Bereich der Sportwissenschaft einen fragwürdigen Ruf“ genießt. Der Vorstandsvorsitzende des WIAD ist im Übrigen das Mitglied im Niedersächsischen Landtag Dr. med. Kuno Winn (CDU).

Der Protest gegen die Anlage und Durchführung des Testes ist unübersehbar und wird landesweit in der Presse diskutiert. Die Nordwest-Zeitung wählte am 6. Dezember sogar auf Seite 1 die Schlagzeile: „Aufstand gegen Fitness-Test.“ Er reicht inzwischen von der Sportwissenschaft über die SPD-Fraktion, die Grünen, die mit einer kreativen Aktion zur SITZFETT-Landkarte und „Busemanns Bohnensäckchen“ von sich reden machten, dem Schulhauptpersonalrat, dem Landeselternrat bis zu den Schulen. Diese erleben den Test teilweise als Farce, die allerdings sehr viel Un-



Foto: Joachim Tiemer

Kein gutes Haar an der „Fitness-Landkarte“ gelassen: Kultusminister Busemann musste sich im Landtag scharfe Kritik an seinem landesweit heftig umstrittenen Projekt gefallen lassen.

terrichtszeit bindet. Viele Schulen senden ihre Daten unter Bezug auf den § 100 des Niedersächsischen Beamtengesetzes (Anträge und Beschwerden) nicht an das fragwürdige WIAD, sondern auf dem Dienstweg an das Ministerium.

Nach den Vorstellungen des Ministeriums sollen die Fachkonferenzleiterinnen und Fachkonferenzleiter Sport per Rückmail aus dem WIAD kontrollieren, ob die Dateneingabe von den Sportlehrkräften korrekt erfolgt ist. Dagegen drohte der Schulhauptpersonalrat wegen der Verletzung von Mitbestimmungsrechten juristische Schritte an. Das Kultusministerium reagiert umgehend mit der Versicherung, dass die Überwachung der Dateneingabe im Zusammenhang mit dem Fitness-Test sofort deaktiviert würde. Die GEW bleibt bei ihrer Forderung, das Projekt „Fitness-Landkarte“ umgehend einzustellen und den Schulen einen qualifizierten Sportunterricht zu ermöglichen.

Das sportwissenschaftliche Institut der Uni Hannover bringt es auf den Punkt: „Sport im Verein ist sicherlich wünschenswert für alle

Kinder und Jugendlichen, aber er kann die Verknüpfung von den fachlichen Anforderungen mit den übergreifenden erzieherischen Werten nicht leisten, wie sie sich aus dem Bildungsauftrag der Schule ergeben. Der Niedersächsische Kultusminister stiehlt sich mit dem verordneten Fitness-Test aus seiner Verantwortung: Er lässt feststellen, dass sich aufgrund der von staatlicher Seite zu verantwortenden unzureichenden Rahmenbedingungen (fehlende Sportfachlehrkräfte, unzureichende Sportstätten, zu wenig Bewegung im Schulalltag ...) die „Fitness“ der Kinder verschlechtert hat, und erwartet, dass durch Eigeninitiativen diese Defizite ausgeglichen werden, statt selbst durch Verbesserung der Rahmenbedingungen die Voraussetzungen für einen ‚guten‘ Sportunterricht zu schaffen und damit einen eigenen Beitrag zur Verbesserung der motorischen Leistungsfähigkeit unserer Kinder zu leisten.

Die Stellungnahme des Instituts für Sportwissenschaft Hannover kann unter www.GEW-NDS.de eingesehen werden.

MICHAEL STROHSCHNEIN

„Fitness-Landkarte“ im Landtag

Gleich drei Mal musste sich der Niedersächsische Landtag in seinem Dezember-Plenum mit der „Fitness-Landkarte“ befassen: Eine von der FDP-Fraktion beantragte Aktuelle Stunde, eine Dringliche Anfrage der SPD-Fraktion sowie ein ebenfalls von der SPD vorgelegter Entschließungsantrag („Fitness-Landkarte: Immenser Aufwand, wenig Ertrag“) standen auf der Tagesordnung.

In der Aussprache wurde der für alle Schülerinnen und Schüler der Schuljahrgänge 1 bis 10 verbindlich gemachte Fitness-Test von den Regierungsfractionen erwartungsgemäß verteidigt. Mit der vom Kultusministerium initiierten Fitness-Landkarte werde eine geeignete Bestandsaufnahme für den Kampf gegen Bewegungsmangel und Ernährungsprobleme geschaffen, wobei von der FDP eingeräumt wurde, dass „das eine oder andere handwerklich nicht optimal gelaufen“ sei. Der CDU-Sprecher verteidigte insbesondere das im Fitness-Test enthaltene Zielwerfen, weil es die Koordination der visuellen Wahrnehmung und Motorik in hohem Maße fördere. Das habe nebenbei auch noch den „gesellschaftlichen Nutzen“, dass die Jugendlichen dann besser in der Lage sein könnten, „ihren Abfall, wie Getränkeverpackungen und Ähnliches, in einen Abfallbehälter zu befördern“.

Die scharfe Kritik der Oppositionsparteien konzentrierte sich darauf, dass Konzepte für mehr und besseren Sportunterricht fehlten. Insbesondere sei von der Dritten Sportstunde nicht mehr die Rede. Die Fitness-Landkarte sei deshalb eine „Showveranstaltung“ und im Übrigen ein „bürokratisches Monster“: Eine Seite Erlass, zwölf Seiten Handreichung, zwei Seiten Elternbrief, Testbogen und Fragebogen für Schüler, Schnellbrief zur Datensicherheit, drei Seiten ergänzende Informationen. Hingewiesen wurde auch auf die Vergabe der Testdurchführung an das Wissenschaftliche Institut der Ärzte Deutschlands (WIAD), dessen Vorsitzender ein Mitglied der CDU-Fraktion ist.

Die Kritik des Sportwissenschaftlichen Instituts der Universität Hannover an der Fitness-Landkarte tat Kultusminister Busemann, der unsere Gesellschaft „auf dem Weg in eine grandiose Zivilisationskrankheit“ sieht, mit dem Hinweis ab, dort könne man sich ohne Aufnahmeprüfung anmelden und ohne die Rolle vorwärts zu beherrschen Sportlehrer werden. Gefragt, ob er bei dieser Einschätzung überhaupt noch in Hannover ausgebildete Sportlehrer einstellen könne, antwortete der Minister, diese Frage stelle er sich auch.

D.G.

„Fühlt unseren Politikern auf den Zahn!“. So warb vor einiger Zeit die Internetplattform „n-21“ bei Schülerinnen und Schülern, für drei Tage nach Hannover zu kommen, um mit Notebook und Digitalkamera aus dem Landtag live zu berichten. Dem Aufruf folgte das Kompliment: „Schülerinnen und Schüler sind hartnäckige Rechercheure und nehmen kein Blatt vor den Mund“. Das hörten eine Schülerin und drei Schüler des Gymnasiums Warstade aus Hemmoor gern und qualifizierten sich dafür. In der Leine-Metropole angekommen, suchten sich die Zwölfklässler in ihrer Rolle als Jung-Reporter zahlreiche Gesprächspartner aus allen Fraktionen, holten Stellungnahmen ein und stellten ihre Berichte ins Netz. Die Ergebnisse ihrer dreitägigen Arbeit Anfang Oktober kann man im Internet (www.n-21.de/~redak272/) nachlesen.

Alles lief glatt, nur bei ihrem obersten Dienstherrn, Kultusminister Bernd Busemann, kam es anders als geplant. Schon vor ihrem Eintreffen hatte der Minister der Crew ein Interview zugesagt. Doch dazu kam es nicht. Wie die Schüler nach der Rückkehr aus Hannover einer Redakteurin der in Otterndorf erscheinenden „Niederelbe-Zeitung“ (NEZ) schilderten, mussten sie die an den Minister gerichteten Fragen vorher bei seinem Pressesprecher abgeben. Dieser habe ihnen später eine autorisierte Fassung der Fragen präsentiert, die „Herrn Busemann dann gestellt werden durften“. Doch dann sei das Interview ganz abgesagt worden.

Wenn der Pressesprecher schweigt ...

Der Rest ist Schweigen. Genauer: Es gibt da den kommunikativen Machtaspekt in Form eines „Abzählverses“, der darüber entscheidet, wer mit wem wie lange und wie oft über welche Themen reden darf – und wer wann besser schweigen sollte. Nach der Anwendung auf das Hemmoorer Team sollte sich nun diese Formel noch einmal bewähren.

Pressesprecher sind treue Diener ihres Herrn. Das gilt auch für Georg Weßling, der diese Funktion im Kultusministerium bekleidet. Er präsentiert die Politik des Ministers der Öffentlichkeit in polierter Form. Doch offenbar gab es im Fall „Hemmoorer-Online-Redaktion“ nichts zu polieren. Nachdem ihm der Zeitungsbericht vorlag, verstummte der Sprecher. Gründe für die Korrektur der Schülerfragen und für die Absage des Ministers wurden trotz Nachfrage nicht genannt. Nicht einmal: „Kein Kommentar“. Absolut nichts! Fehlanzeige! War die Sache aus Sicht des Pressesprechers vielleicht eine Bagatelle? Hat er den Bericht mit der Überschrift: „Die Erfahrung, wie gut sich Politiker rausreden“ dem Minister überhaupt vorgelegt?

Wer nicht ganz unkritisch denkt, der kann sich dem Tenor des NEZ-Artikels nur anschließen. Die pädagogisch sinnvolle Einübung in den praktischen Journalismus endete für die Schüler mit einer herben Enttäuschung. Denn eines war dieser Kasus ganz si-

Kultusminister Busemann, die Hemmoorer Online-Redaktion und die „richtigen“ Fragen

Interview mit Bremse

cher nicht: Ein Lehrbeispiel für Pressefreiheit und demokratische Meinungsbildung. Kann man denn Schülerredakteuren, erwachsenen Teilnehmern eines Politik-Leistungskurses, im

de ein Minister über genügend rhetorische Strategien, um in einer Interviewsituation selbst auf Fragen antworten zu können, die aus seiner Sicht „falsch“ sind?



didaktischen Lernkontext ein geringeres Maß an Pressefreiheit zuzumuten, als man Profijournalisten einzuräumen bereit wäre?

Und hinsichtlich der Schülerfragen, die erst durch den ministeriellen Korrekturgang hindurch mussten: Hätte „unser Mann in Hannover“ als Jurist nicht wissen können, dass Meinungsfreiheit auch die Fragefreiheit umfasst? Anders als Tatsachenbehauptungen nämlich, das betonen schon vor Jahren die Richter des Bundesverfassungsgerichts, können Fragen nicht „falsch“ sein. Für den Meinungsbildungsprozess spielen sie eine wichtige Rolle,

Pressefreiheit – ein gefährdeter Wert

Nein, eine Bagatelle war das nicht und das Schweigen des Pressesprechers deutet wohl auch darauf hin.

Pressefreiheit: immer ein gefährdeter Wert. Auf der aktuellen Ranking-Liste der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ ist Deutschland in diesem Jahr vom 11. auf den 18. Platz zurückgefallen. Und aus Amerika hört man, dass nach einer Umfrage 73% der jetzigen Highschool-Generation kein Problem darin sieht, wenn die US-Regierung Zensur auf die Medien ausübt. (Warren Watson: „The Censorship Generation?“ www.poynter.org/content/content_view.asp?id=81485). Da kann man nur begrüßen, dass es bei uns Schüler gibt, die noch „Immunreaktionen“ zeigen, wenn sie mit diesem Problem konfrontiert werden.

Die n-21-Plattform ist ein hervorragendes Medium für Schüler, um sich dort zu artikulieren. Nur: Online-Technologie und „lecker Equipment“ benötigen als Kontrapunkt immer auch die „ethische Betriebstemperatur“ einer demokratischen Kommunikation. Man kann also nur hoffen, dass die Sache nicht daran gescheitert ist, weil der Minister in den Schülern statt kritischer Journalisten lieber Public-Relations-Agenten für das von ihm vertretene Bildungskonzept gesehen hätte. Apropos: Wie wäre es mit einem ministeriellen Weihnachtsgeschenk an das immer noch enttäuschte Hemmoorer Schüler-Team, nämlich eine neue Einladung nach Hannover, um das Interview nachzuholen?

HANS-JÖRG MICHAELSEN

Ausschreibung

Heinrich-Wolgast-Preis der GEW

Das Bildungs- und Förderungswerk (BFW) der GEW hat im Jahre 1986 den Heinrich-Wolgast-Preis gestiftet, um die Darstellung der Arbeitswelt in der Kinder- und Jugendliteratur (KJL) zu fördern. Er wird alle drei Jahre verliehen. Ausgezeichnet wird Kinder- und Jugendliteratur in allen medialen Formen, die sich in beispielhafter Weise mit Erscheinungen und Problemen der Arbeitswelt befasst. Auch bisher unveröffentlichte Arbeiten (Manuskripte) können eingereicht werden. Der Preis ist mit 4000 Euro dotiert.

Mit der Preisfindung und Preisvergabe hat die GEW ihre Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) beauftragt. Die Jury besteht aus drei Personen, die vom Gesamtverband der AJuM gewählt wurden: Ute Wolters, Bayernallee 19 a, 14052 Berlin (e-mail: woltersu@freenet.de), Reinhold Lüthjen, Mirabilisweg 15, 31655 Stadthagen, Hannelore Verloh, Heuweg 1, 35759 Driedorf.

Vorschlagsberechtigt für den Preis sind alle Mitglieder der GEW sowie Verlage, Autorinnen und Autoren. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Eingereicht werden können Titel, die ab August 2004 erschienen sind. Einsendeschluss ist der 31. Juli 2007.

Maßgeblich für die Berücksichtigung ist die fristgerechte Einsendung an die Jury-Vorsitzende Ute Wolters. Wenn bereits publizierte Titel eingereicht werden, bitten wir nach Möglichkeit um Einsendung der Titel an alle drei Jury-Mitglieder.

Die Entscheidung der Jury wird im November 2007 bekannt gegeben. Die Preisverleihung wird im Frühjahr 2008 stattfinden.



Foto: imago

Was müssen Schülerinnen und Schüler am Ende der Sekundarstufe I über Politik und Wirtschaft wissen? Der jetzt vorgelegte Entwurf eines Kerncurriculums lässt viele Fragen offen.

Kerncurriculum-Entwurf Politik-Wirtschaft für die Schuljahrgänge 8 bis 10 fragwürdig

Ideologie statt Differenzierung

Ein vom niedersächsischen MK vorgelegtes Kerncurriculum Politik-Wirtschaft für die Schuljahrgänge 8 bis 10 des Gymnasiums erklärt zur Hauptaufgabe des Faches Politik-Wirtschaft die Vermittlung eines politischen und ökonomischen Grundwissens, auf dessen Grundlage die Heranwachsenden fähig werden, sich im politischen und wirtschaftlichen Leben der Gesellschaft zurechtzufinden und demokratisch zu handeln.

Dem neuen „output“-orientierten Steuerungsparadigma folgend sollen statt detaillierter inhaltlicher und methodischer Vorgaben verbindlich erwartete Lernergebnisse formuliert und damit Standards gesetzt werden, die überprüft werden können. Die reduzierende gesellschaftliche Komplexität allerdings in einer Weise, die weder sachlich noch theoretisch angemessen ist.

Insgesamt dominieren ökonomische Themen und Orientierungen das gemeinsame Fach. Die angestrebten Sichtweisen überschreiten auch nicht ansatzweise den Horizont der gegebenen Wirtschaftsordnung und sind praktisch ausschließlich vom neoklassischen Mainstream geprägt. Die seit langem kontrovers geführten Debatten darüber,

- worin Wertschöpfung eigentlich besteht,
- ob der Blickwinkel eines immer schon als kaufkräftig angenommenen Konsumenten umfassenden Erklärungswert beanspruchen kann,
- inwieweit die bestehende Wirtschaftsordnung eine kapitalistische und von systematischen, strukturellen Ungleichheiten gekennzeichnet ist,

kommen nirgends vor. Auch andere aktuell bedeutsame Fragestellungen werden bestenfalls kurz gestreift (Machtkonzentrationen, Umweltfragen, alternatives Wachstum ...).

Der Lernbereich Politik hingegen beinhaltet kaum mehr als Institutionenkunde, ergänzt um

abstrakte (Ablauf-)Modelle der Konsens- und Entscheidungsfindung. Mehr als Wechselwirkungen/Interdependenzen zwischen Politik und Wirtschaft werden im Grunde nicht thematisiert.

Nur auf einige Verkürzungen soll hier hingewiesen werden: Die Wirtschaftsordnung der BRD wird pauschal als marktwirtschaftliche bzw. als „Soziale Marktwirtschaft“ bezeichnet. Die unterscheidenden Merkmale zu anderen ökonomischen Systemen sind damit nicht hinreichend auf den Punkt gebracht. Die bloße Verkehrsform, die Tatsache, dass Güter und Leistungen als Waren gehandelt bzw. getauscht werden, sagt wenig über das konkrete sozialökonomische Gefüge aus.

Ebenso zu kurz greift der Begriff der arbeitsteiligen Wirtschaft. Arbeitsteilung ist nicht notwendiger Weise mit Märkten verbunden. Es gab sie auch in reinen Subsistenzwirtschaften ohne (nennenswerten) Gütertausch. Auch die innerbetriebliche Arbeitsteilung ist weithin eine ohne Tauschgeschäfte.

Wer die Arbeitsteilung in modernen Gesellschaften verstehen will, darf sie nicht losgelöst von Eigentumsfragen betrachten. Güter und Dienstleistungen werden in Warenform angeboten als Produkte unabhängig voneinander betriebener Privatarbeiten, die sich am Markt als Bestandteile der gesellschaftlichen Gesamtarbeit bewähren müssen.

Was im Curriculum als das ökonomische Verhaltensmodell bezeichnet und dargestellt wird, ist in Wirklichkeit nur das zentrale Glaubensbekenntnis aller nutzentheoretisch orientierten Ökonomen von Gossen bis Pareto. Auch hier wird faktisch die Idee eines homo oeconomicus beschworen, eines aus allen konkreten gesellschaftlichen Bezügen herausgelöst gedachten Individuums, das in allen Epochen seinen individuellen Nutzen aus Vorräten knapper Güter zu maximieren sucht.

Es wird schlicht ignoriert, dass historisch sehr unterschiedliche und keineswegs alle von (egoistischer) Vorteilmehrung Einzelner bestimmte Formen ökonomischer Rationalität vorkommen. Die Tragfähigkeit des (Grenz-)Nutzenkonzepts für die Erklärung sowohl einzelner Preise wie volkswirtschaftlicher Prozesse wird nicht thematisiert. Warum die Preise bestimmter Güter sich bei jeweiliger Deckung von Zufuhr und Nachfrage signifikant voneinander unterscheiden, kann mit subjektiven Nutzenerwägungen nicht schlüssig erklärt werden.

Auch ist Güterknappheit keineswegs quasi eine eiserne Konstante. Welche Güter in welchem Umfang den wirtschaftenden Menschen zugänglich sind oder nicht, ist vor allem abhängig von konkreten Eigentumsverhältnissen (z.B. am Boden) und ihrer Arbeit. Selbst prinzipiell unbegrenzt vorhandene sog. freie Güter sind immer nur in dem Maße verfügbar, wie sie durch wirtschaftliches Handeln (und sei es durch Pflücken, Sammeln etc.) zuvor nutzbar gemacht worden sind.

Die überragende und bestimmende Rolle der Arbeit, des tatsächlichen produktiven gesellschaftlichen Aufwands, kommt in den vorliegenden Konzepten aber nicht vor. Im Vordergrund scheint einmal mehr die Idee zu stehen, dass die wirtschaftlich Handelnden vor allem als Tauschpartner und Konsumenten auf Märkten in Erscheinung treten und dort ihre jeweiligen Vorteile zu mehreren versuchen, die regelmäßig nicht auf Kosten anderer gehen.

Unverhüllt ideologisch ist auch die These, demokratisch-pluralistische Systeme seien zwar mit Systemen dezentraler bzw. marktwirtschaftlicher Lenkung, nicht aber mit Systemen zentraler Wirtschaftslenkung kompatibel. Gemeint ist ohne Zweifel, Demokratie gehe nur mit Kapitalismus zusammen. Das Grundgesetz ist an der Stelle nicht so apodiktisch, sondern räumt die Möglichkeit einer anderen Wirtschaftsordnung im demokratisch-pluralistischen Rahmen ein.

Aus historischer wie grundsätzlicher Überlegung ist zumindest zu fragen, ob die kapitalistische Wirtschaftsordnung nicht sogar grundsätzlich geändert werden muss, um auf Dauer die politische Demokratie nicht zu gefährden, denn schließlich ist sie – nicht nur in Krisenzeiten – auch mit allerlei autoritären Systemen kompatibel gewesen. Auf jeden Fall verkürzt wäre es, Wirtschaftslenkung mit den bisherigen (realsozialistischen) Formen ihrer Verwirklichung gleichzusetzen. Ansätze zu zentraler Lenkung bzw. Beeinflussung gab es auch in kapitalistischen Demokratien (z.B. die französische Planifikation). Sie muss keineswegs imperativ erfolgen, sondern kann auch indikativ angelegt sein und sich auf demokratisch festzulegende Rahmenseetzungen beschränken. Mit Fug und Recht kann sogar behauptet werden, dass eine Wirtschaftslenkung in Ergänzung zu und Korrektur von Marktprozessen gar nicht anders als demokratisch zu verwirklichen ist.

Der Grundtenor des vorgelegten Curriculums ist indes affirmativ. Die hier aufgezeigten Bedenken scheinen grundsätzlich unerwünscht. Mit der ebenfalls beschworenen Konflikt- und Konsensstruktur ist eine solche Haltung freilich nicht kompatibel.

RICHARD LAUENSTEIN